

Bericht zur Jahresrechnung 2002

1. Ausgangslage

Die Haushaltssatzung 2002 wurde vom Stadtrat mit Beschluss vom 28.11.2001 in den Einnahmen und Ausgaben jeweils wie folgt festgesetzt:

Verwaltungshaushalt	244 391 430 €
Vermögenshaushalt	62 809 023 €.

Die Regierung von Mittelfranken genehmigte die Satzung mit Bescheid vom 14.03.2002 – wie für 2001 – wieder ohne Auflagen. Die amtliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2002 erfolgte im Amtsblatt der Stadt am 10.04.2002.

Zur Festsetzung des Wirtschaftsplans des Sondervermögens Klinikum war der Erlass einer (1.) Nachtragshaushaltssatzung (Stadtratsbeschluss vom 12.06.2002) notwendig. Die Regierung erteilte hierzu mit Schreiben vom 03.07.2002 die Genehmigung. Die Veröffentlichung der Nachtragshaushaltssatzung erfolgte im Amtsblatt der Stadt am 31.07.2002.

Haushaltvolumen 1)					
(Mio €)					
Art	1999	2000	2001	2002	2002
	Ergebnis			Plan	Ergebnis
1. <u>Einnahmen, gesamt</u>	273,9	273,2	298,8	307,2	301,7
1.1 Verwaltungshaushalt	217,7	227,0	236,1	244,4	246,6
1.2 Vermögenshaushalt	56,2	46,2	62,7	62,8	55,1
2. <u>Ausgaben, gesamt</u>	273,9	273,2	300,6	307,2	314,2
2.1 Verwaltungshaushalt	217,7	227,0	236,1	244,4	246,6
2.2 Vermögenshaushalt	56,2	46,2	64,5	62,8	67,6
3. <u>Abgleich (= 1. ./ 2.)</u>	0	0	-1,8	0	-12,5
Differenzen in den Summen durch Runden.					

2. Zum Ergebnis des Jahres 2002

Dem Stadtrat wurde zur Sitzung am 20.11.2002 bereits ein Zwischenbericht über die Haushaltsentwicklung 2002 vorgelegt. Danach waren Haushaltsverschlechterungen in einer Höhe von 8,4 Mio € bereits absehbar.

Die Jahresrechnung 2002 hat letztlich mit einem Fehlbetrag von 12,5 Mio € noch deutlich negativer abgeschlossen.

Bereinigung des Haushaltsvolumens					
(Mio €)					
Art	1999	2000	2001	2002	2002
	Ergebnis			Plan	Ergebnis
1. <u>Haushaltsvolumen</u> , Einnahmen	273,9	273,2	298,8	307,2	301,7
1.1 <u>Bereinigungen:</u>					
1.1.1 Doppelzählungen					
- Gewerbesteuerumlage	3,3	7,2	7,7	9,4	10,4
- Kalkulatorische Kosten	9,6	9,5	9,9	11,1	10,4
- Verwaltungskostenanteile u.ä.	3,8	4,7	5,1	6,7	6,4
- Zuführung an/vom Verwaltungshaushalt/Vermögenshaushalt	13,4	11,2	14,6	9,8	6,5
darunter: Sonderzuführungen	(0,6)	(1,3)	(0,9)	(1,0)	(1,0)
- Abschlußtechn. Buchungen	1,5	1,2	1,9	3,8	1,6
1.1.2 <u>Besondere Finanzierungsvorgänge:</u>			3) 4)	3)	5)
- Kreditaufnahme	22,2	17,9	26,8	20,9	20,9
- Rücklagenentnahme	5,7	7,0	5,9	5,6	6,9
darunter: Sonderrücklage	(5,0)	(1,7)	(1,8)	(3,7)	(1,6)
1.2 <u>Bereinigte Einnahmen</u> (1. ./ 1.1)	214,4	214,5	226,9	239,9	238,6
2. <u>Haushaltsvolumen</u> , Ausgaben	273,9	273,2	300,6	307,2	314,2
2.1 <u>Bereinigungen:</u>					
2.1.1 Doppelzählungen					
- Gewerbesteuerumlage	3,3	7,2	7,7	9,4	10,4
- Kalkulatorische Kosten	9,6	9,5	9,9	11,1	10,4
- Verwaltungskostenanteile u.ä.	3,8	4,7	5,1	6,7	6,4
- Zuführung an/vom Verwaltungshaushalt/Vermögenshaushalt	13,4	11,2	14,6	9,8	6,5
darunter: Sonderzuführungen	(0,6)	(1,3)	(0,9)	(1,0)	(1,0)
- Abschlußtechn. Buchungen	1,5	1,2	1,9	3,7	1,6
2.1.2 <u>Besondere Finanzierungsvorgänge:</u>			4)		6)
- Tilgungen	15,3	9,7	17,0	9,7	9,9
- Rücklagenzuführungen	8,0	2,6	5,1	0,7	3,0
darunter: Sonderrücklage	(0,8)	(1,1)	(0,7)	(0,7)	(0,7)
Abdeckung von Fehlbeträgen	-	-	-	-	1,8
2.2 <u>Bereinigte Ausgaben</u> (2. ./ 2.1)	219,0	227,1	239,3	256,1	264,2
3. Finanzierungssaldo (1.2 ./ 2.2)	-4,6	-12,5	-12,4	-16,2	-25,2
3.1 Aufgliederung nach Finanzierungsarten:					
3.1.1 Schulden 1)	-7,0	-8,2	-9,8	-11,2	-11,0
3.1.2 Rücklagen 2)	2,4	-4,4	-0,9	-4,9	-3,9
darunter: a) allgemeine Rücklage	6,5	-3,8	0,2	-1,9	(-2,6)
b) Sonderrücklage	-4,1	-0,6	-1,1	-3,0	(-1,0)
3.1.3 Abdeckung Fehlbeträge	-	-	-	-	1,8
3.1.4 Nicht finanziert (Deckungslücke)	-	-	-1,8	-	-12,5
Differenzen in den Summen durch Runden; - 1) + = Nettotilgung; - = Nettokreditaufnahme; - 2) = Nettozuführung; - = Nettoentnahmen - 3) Darunter Innere Darlehen (1,0 Mio €) 4) Darunter Umschuldungen (7,0 Mio €) - 5) Darunter Innere Darlehen (3,1 Mio. €) 6) Darunter Innere Darlehen (0,6 Mio. €)					

Dieses für die weitere Entwicklung der Stadtfinanzen dramatische Ergebnis (siehe hierzu auch die Schlussbemerkungen) hat sich aus dem negativen Verlauf zahlreicher zentraler Haushaltspositionen im Haushaltsjahr 2002 entwickelt. Folgende wesentliche Einnahmen- und Ausgabeentwicklungen sind hierbei maßgeblich ursächlich gewesen:

Art	Mindereinnahmen/Mehrausgaben gegenüber Plan (in Mio EUR)
Grundsteuer B	0,7
Einkommensteueranteil	2,1
Umsatzsteueranteil	0,4
Schlüsselzuweisungen	2,3
Kfz-Steueranteil	0,2
Gewerbesteuerumlage	1,0
Solidarumlage	1,1
Körperschaftsteuerzahlung infra	0,2
Zinsausgaben	0,9
Zinseinnahmen	0,2
Örtliche Sozialhilfe (Sonderbudget 50510)	1,9
Erziehungshilfen (Sonderbudget 51500)	0,3
Bauunterhalt	0,7
Fahrzeughaltung	0,3
Fehlbeträge Kostendecker (Abwasserreinigung/ Friedhöfe)	0,4
Grundstücksverkaufserlöse	0,3
Erschließungsbeiträge u.ä.	0,6
Tilgungsausgaben	0,5
Sonstiges (Saldo aller übrigen Verbesserungen/ Verschlechterungen)	-3,4
Fehlbetrag	12.5

3. Im Einzelnen

3.1. Verwaltungshaushalt

Die Einnahmen lagen im Ergebnis mit 213,9 Mio € praktisch auf dem Niveau der Planwerte (213,5 Mio €). Die Ausgaben haben die Planansätze um 0,2 % (bzw. 0,4 Mio €) überschritten. Der Ausgabenanstieg gegenüber dem Haushaltsplan beträgt 4,5 %. (bzw. 9,4 Mio €). Der Ausgabenanstieg gegenüber dem Vorjahr beträgt 9,1 %. Diese Werte sind allerdings im Hinblick auf verschiedene insbesondere mit der Budgetwirtschaft zusammenhängende Vorgänge nur begrenzt aussagefähig.

Bereinigte Einnahmen und Ausgaben nach Arten (Mio €)					
Art	1999	2000	2001	2002	2002
	Ergebnis			Plan	Ergebnis
1. Einnahmen, gesamt	214,4	214,5	226,9	239,9	238,6
1.1 davon Verwaltungshaushalt	199,6	204,9	211,7	213,5	213,9
Steuern und allgemeine Zuweisungen (0)	119,1	124,0	126,2	126,6	120,3
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (1)	68,4	68,7	73,4	72,8	77,2
Sonstige Finanzeinnahmen (2)	12,1	12,1	11,9	14,1	16,3
1.2 Einnahmen des Vermögenshaushalts (3)	14,7	9,1	15,2	26,4	24,7
2. Ausgaben, gesamt	219,0	227,1	239,3	256,1	264,2
2.1 davon Verwaltungshaushalt	187,3	193,9	198,7	207,4	216,8
Personalausgaben	76,1	78,4	80,8	84,1	83,9
Sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand (5/6)	43,7	44,2	47,4	53,4	53,7
Zuweisungen und Zuschüsse (7)	37,0	38,9	37,1	37,2	39,5
Sonstige Finanzausgaben (8)	30,5	32,5	33,3	32,7	39,8
2.2 Ausgaben des Vermögenshaushalts (9)	31,7	33,0	40,6	48,6	47,4
3. Finanzierungssaldo (2 ./ 1.)	-4,6	-12,5	-12,4	-16,2	-25,6

3.1.1. Steuern und allgemeine Zuweisungen (0)

Mit 120,3 Mio € wurden die Planwerte (126,6 Mio €) deutlich verfehlt. Die Steuereinnahmen blieben mit 86,8 Mio € um 4,1 Mio € hinter den Planwerten zurück.

Bei den Grundsteuereinnahmen haben sich die Erwartungen im Hinblick auf ein Mehraufkommen insbesondere durch die Entwicklung neuer Wohn- und Gewerbegebiete bisher noch nicht erfüllt. Mit 14,9 Mio € wurden praktisch die gleichen Einnahmen wie 2001 erzielt (14,8 Mio €).

Bei der Gewerbsteuer liegt das (Netto-)Ergebnis (also nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) mit 28,5 Mio € um 0,9 Mio € hinter den Planansätzen zurück. Der Grund liegt in der Entwicklung der realisierten relativ hohen kassenmäßigen Einnahmen, die als Folge höhere Ausgaben für die Gewerbesteuerumlage mit sich brachten. Positiv ist anzumerken, dass das Gewerbesteuer(brutto-)ergebnis mit 39,1 Mio € etwas über dem Ansatz (38,8 Mio €) lag. Die hierbei im Laufe des Jahres 2002 bis zur Sommerpause festgestellte sehr positive Entwicklung (die zu berechtigten Hoffnungen auf deutliche Mehreinnahmen und damit zur Kompensation der bis dahin bekannten Haushaltsverschlechterungen weckte), hatten im zweiten Halbjahr allerdings wieder einen Dämpfer erhalten.

Steuern und allgemeine Zuweisungen (Mio €)					
Art	1999	2000	2001	2002	2002
	Ergebnis			Plan	Ergebnis
1. Steuern, gesamt	84,1	90,2	88,8	90,9	86,8
Grundsteuer	14,5	15,1	14,8	15,7	14,9
Gewerbsteuer (netto)	25,8	30,7	29,9	29,4	28,5
Anteil an der Einkommensteuer	38,5	39,2	38,8	40,3	38,2
Umsatzsteueranteil	5,1	5,0	4,9	5,3	4,9
Hundesteuer	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3
Sonstige Steuern	-	-	-	-	-
2. Allgemeine Zuweisungen, gesamt	35,1	33,9	37,5	35,7	33,5
Schlüsselzuweisungen	24,5	23,0	27,6	25,0	22,7
Bedarfszuweisungen	-	-	-	-	-
Zuweisungen zum Verwaltungsaufwand	3,6	3,6	3,7	3,7	3,7
Grunderwerbsteuer	4,0	4,3	3,3	4,1	3,8
Einkommensteuersatz	2,6	2,7	2,6	2,6	3,0
Sonstige	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
3. Gesamt	119,2	124,0	126,3	126,6	120,3

Von den auch im Jahr 2002 in anderen Städten festgestellten Gewerbesteuereintrüben war Fürth damit – wie 2001 schon – verschont geblieben. Allerdings gilt es auch festzustellen, dass diese Tatsache an dem Umstand der strukturell schwachen Gewerbesteuerkraft der Stadt nichts ändert. Das Gewerbesteueraufkommen hat sich – auf seinem niedrigen Niveau – stabilisiert.

Äußerst negativ verlief die Entwicklung beim Einkommensteueranteil. Das Ergebnis lag mit 38,2 Mio € deutlich hinter dem Planansatz (40,3 Mio €). Diese wichtigste (aber praktisch nicht beeinflussbare) Einnahmenquelle der Stadt hat damit in den letzten Jahren keinen Zuwachs erfahren.

Ein Spiegelbild der schwachen Konjunktur und der Konsumzurückhaltung sind auch die Einnahmen aus dem Umsatzsteueranteil. Es sind Mindereinnahmen von 0,4 Mio € festzustellen. Auch diese Einnahmen blieben seit Jahren ohne Zuwachs. Diese bei der Haushaltsplanerstellung nicht absehbaren Einnahmeverlustrüben blieben auch in unseren Nachbarstädten nicht ohne Auswirkungen. Auch die Stadt Nürnberg hatte Mindereinnahmen aus beiden Steueranteilen von 18 Mio € zu beklagen.

3.1.2. Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (1)

Mit 77,2 Mio € lagen die Einnahmen um 4,4 Mio € über den Planwerten. Der wesentliche Grund liegt in den den Amtsbudgets 2002 gutgeschriebenen Beträgen (= 0,9 Mio €) aus Budgetabrechnungen 2001, in der Einbuchung der Budgetfehlbeträge 2002 (zulasten der Budgets 2003) in Höhe von rund 2,5 Mio € sowie in Mehreinnahmen aus der Verrechnung von Planungsleistungen (für Eigenplanungen) aus dem Vermögenshaushalt (0,4 Mio €).

Zur Entwicklung der Benutzungsgebühren (Mehreinnahmen 0,6 Mio €) ist anzumerken, dass deren Höhe für die Bereiche Abwasserreinigung/Friedhöfe allerdings nicht mehr kostendeckend waren.

Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (Mio €)					
Art	1999	2000	2001	2002	2002
	Ergebnis			Plan	Ergebnis
1. Gebühren, ähnliche Entgelte und Abgaben gesamt	34,5	35,1	39,3	39,4	40,1
- Verwaltungsgebühren	3,7	3,5	3,8	3,6	3,8
- Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	30,8	31,6	35,5	35,7	36,3
2. Weitere Verwaltungs- und Betriebs-einnahmen	8,0	8,3	8,6	6,8	10,2
- Verkaufserlöse	0,3	0,4	0,4	0,4	0,6
- Mieten und Pachten	3,4	3,6	3,4	3,5	2,6
- Sonstiges 1)	4,3	4,4	4,8	2,9	7,4
3. Erstattung von Verwaltungs- und Betriebsausgaben	17,8	16,9	16,7	17,7	17,0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	8,1	8,4	8,9	8,9	9,4
- Schulen	3,3	3,5	3,8	3,7	3,8
- Kfz-Steueranteil	1,5	1,5	1,5	1,8	1,6
- ÖPNV	1,0	1,0	1,0	1,0	0,8
- Sonstige	2,4	2,4	2,6	2,4	3,2
5. Gesamt	68,4	68,7	73,5	72,8	77,2

1) Im wesentlichen finanztechnische Vorgänge im Zusammenhang mit Budgetabschlüssen und Sondervermögen.

Die Mietmindereinnahmen (0,9 Mio €) hängen im wesentlichen mit der Übertragung der Wohnungsverwaltung auf die WBG zusammen. Es sind etwa im gleichen Umfang auch Ausgaben (im wesentlichen für Bauunterhalt und Gebäudebewirtschaftung) entfallen.

Die Mindereinnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen (Kfz-Steueranteil/ÖPNV) von insgesamt 0,4 Mio € konnten durch Mehreinnahmen an anderer Stelle (über-)kompensiert werden.

Die Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsausgaben sind um 0,7 Mio € niedriger ausgefallen. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um Erstattungen vom Bezirk Mittelfranken für Sozial- und Jugendhilfeleistungen.

3.1.3 Sonstige Finanzeinnahmen (2)

Mit 16,3 Mio € konnten die Einnahmeerwartungen im Haushaltsplan übertroffen werden (+ 2,2 Mio €).

Während die Zinseinnahmen wegen der endgültigen Inanspruchnahme von Rücklagemittel und des sehr niedrigen Zinsniveaus etwas weniger (0,2 Mio €) einbrachten, konnten Mehreinnahmen aus der Konzessionsabgabe (infra) verbucht werden (+ 0,9 Mio €).

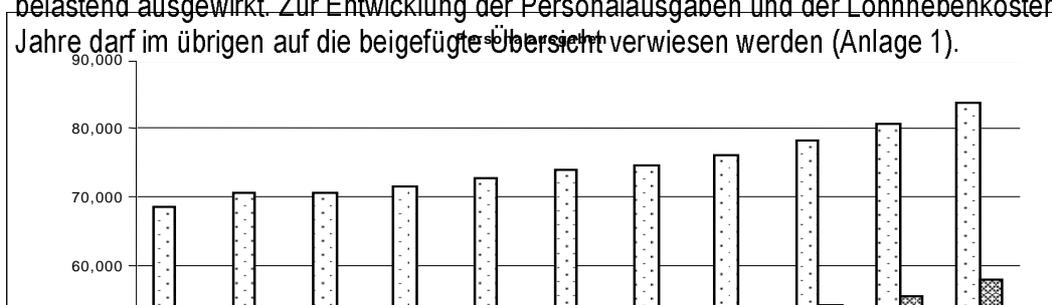
Sonstige Finanzeinnahmen (Mio €)					
Art	1999	2000	2001	2002	2002
	Ergebnis			Plan	Ergebnis
1. Zinsen	1,9	1,5	1,8	1,4	1,2
2. Gewinnanteile/Konzessionsabgaben	6,8	7,1	5,5	6,1	7,0
3. Schulddienstbeihilfen	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
4. Ersatz von sozialen Leistungen	3,4	2,1	2,6	2,2	2,2
5. Weitere Finanzeinnahmen	0,9	1,4	1,9	4,3	5,9
6. Gesamt	12,1	12,1	11,9	14,1	16,3
1) Darunter 1,5 Mio. € Abführung Budgetergebnisse 2002 sowie 1,5 Mio. € aus der Haushaltskonsolidierung 2001 - 2003.					

Bei den weiteren Finanzeinnahmen sind herauszuheben die - entsprechend den Planansätzen - gebuchten Abführungen aus den Ämterbudgets 2002 für die 2. Stufe der Haushaltskonsolidierung 2001-2003 mit 1,5 Mio € - sowie der 50 %--Anteil der sich aus den Budgetabschlüssen 2002 (Überschüsse) ergebenden Abführungsbetrag zugunsten des Gesamthaushalts (1,5 Mio €). Eingeplant war ein Betrag von 1,0 Mio €.

Aus den Einnahmen für die Verzinsung von Gewerbesteuernachforderungen sind 0,9 Mio € mehr eingegangen als geplant.

3.1.4 Personalausgaben (4)

Die Personalausgaben lagen mit 83,9 Mio € knapp unter den Planwerten. Die Planschätzung erwies sich auch 2002 wieder als sehr realistisch. Die Ausgaben 2002 lagen damit um 3,8 % über dem Vorjahreswert. Neben den Tarifsteigerungen und Erhöhung von Lohnnebenkosten (auf das Jahr gerechnet machten diese rund + 2,9 % aus) haben sich die zum Haushalt 2002 geschaffenen neuen Stellen bzw. die im Laufe des Jahres getroffenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen strukturell belastend ausgewirkt. Zur Entwicklung der Personalausgaben und der Lohnnebenkosten der letzten Jahre darf im übrigen auf die beigefügte Übersicht verwiesen werden (Anlage 1).



3.1.5. Sächliche Verwaltungs- und Betriebsausgaben (5/6)

Die Sachausgaben für den Betrieben und Unterhalt der städtischen Einrichtungen bzw. zur Erfüllung der übrigen Aufgaben der Stadt lag knapp(+ 0,3 Mio €) über den Planansätzen. Der rechnerische Anstieg gegenüber 2001 (+ 13,5 % bzw. 6,4 Mio €) hat seine Ursachen in den Ausgabesteigerungen für den Bauunterhalt (+ 1,5 Mio €), für Sachausgaben im Bereich der Gebührenhaushalte Abwasserreinigung/ Müllabfuhr (+ 0,9 Mio €) sowie in einem erhöhten Sachbedarf für die Durchführung der Kommunal- und Bundestagswahlen 2002 (+0,4 Mio €) und für Vorsteuerlasten im Zusammenhang mit der Sanierung des Hallenbades Scherbsgraben (0,7 Mio € - unter entsprechender Entlastung des Vermögenshaushalts -).

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand					
(Mio €)					
Art	1999	2000	2001	2002	2002
	Ergebnis			Plan	Ergebnis
1. Bauunterhalt u.ä.	11,7	11,1	10,3	11,1	11,8
2. Unterhalt des beweglichen Vermögens	1,5	1,5	3,0	3,8	3,5
3. Mieten und Pachten	1,9	1,8	1,9	2,4	2,2
4. Gebäudebewirtschaftung, Reinigung	5,6	6,1	6,2	6,3	6,3
5. Fahrzeugbewirtschaftung	1,1	1,1	1,4	1,2	1,5
6. Steuern, Versicherung	1,4	1,8	2,0	2,3	2,5
7. Geschäftsausgaben	3,6	3,3	4,0	5,3	4,8
8. Erstattung, Zahlungen an Dritte 1)	3,0	2,7	2,5	3,3	2,6
9. Übrige Verwaltungs- und Betriebsausgaben gesamt	13,9	14,8	16,0	17,7	18,5
Betriebsmittel Abwasserreinigung	1,4	1,2	1,4	1,4	1,7
Restmüllentsorgungsgebühren u.ä.	4,5	4,9	4,9	5,3	5,3
Sonstige	8,0	8,7	9,7	11,0	11,5
10. Gesamt	43,7	44,2	47,3	53,4	53,7
<i>Nachrichtlich:</i>					
darunter: Kostendeckende Gebühren- haushalte	10,5	10,6	11,5	13,4	12,4
Bereinigt	33,2	33,6	35,8	40,0	41,3

1) Im wesentlichen Erstattungen von Sozial- und Jugendhilfeausgaben an andere Kommunen

Deutliche Minderausgaben gegenüber den Planansätzen bei den Erstattungszahlungen entstanden durch Zahlungen an auswärtige Sozial- und Jugendhilfeträger (Minderausgabe gegenüber Plan : 0,7 Mio €).

Ein Teil dieser überdurchschnittlichen Mehrausgaben konnte über entsprechende Sonderfinanzierungen bzw. Mehreinnahmen (z.B. Kostendeckerhaushalte) abgefangen werden. Die aus allgemeinen Deckungsmitteln zu finanzierenden Sachausgaben (41,3 Mio €) haben sich gegenüber 2001 um 15,4 % erhöht. Die Ausgabenentwicklung dieser Gruppe bedarf – selbst wenn sie teilweise durch Fremdeinflüsse (z.B. steigende Energiekosten) nicht oder nur teilweise beeinflussbar sind – noch einer besonderen Analyse (wobei die Entwicklung des Bauunterhalts angesichts des Unterhaltsstaus differenziert betrachtet werden muss).

3.1.6. Zuweisungen und Zuschüsse (7)

Die Ausgaben dieser Gruppe haben wieder deutlich an Fahrt aufgenommen. Sie lagen um 2,3 Mio € über den Planwerten bzw. den Vorjahresergebnissen.

Zuweisungen und Zuschüsse (Mio €)						
	1999	2000	2001	2002	2002	
				Plan	Ergebnis	
Ausgaben der örtlichen Sozialhilfe						
				25,6	27,6	
				17,6	18,8	
				,7	9,4	
				,1	1,8	
				-		
				,8		
				7,8	8,8	
				0,1	0,1	
				2,4	2,5	
				6,4	6,5	
				,8	2,9	
				,3	0,3	
				,4	1,3	
				,7	0,7	
- Sonstige	0,6	0,8	1,2	1,2	1,3	
6. Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	3,2	3,0	2,8	2,7	2,8	
7. Gesamt	37,0	38,9	37,2	37,2	39,5	
1) Im Zusammenhang mit der Gewährung von Sozial- und Jugendhilfe sind auch Zahlungen an andere Kommunen zu leisten. Diese sind aus haushaltsformalen Gründen bei den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben (Gr. 672) nachzuweisen.						

Wesentliche Ursache hierfür ist die Entwicklung der Ausgaben der örtlichen Sozialhilfe mit einem Ausgabenplus von 1,7 Mio €. Bei der Jugendhilfe haben sich insbesondere die Ausgaben für die Erziehungshilfen (in Familien) gegenüber den Planschätzungen um 0,9 Mio € bzw. gegenüber 2001 um 0,6 Mio € erhöht. Die beunruhigende Entwicklung der Sozial- und Jugendhilfeleistungen bedarf durch das zuständige Fachreferat einer tiefgehenden Untersuchung und Analyse.

3.1.7. Sonstige Finanzausgaben (8)

Mit 39,8 Mio € erforderte diese Ausgabenart 7,1 Mio € mehr als vorgesehen.

Für Zinsen mussten 0,9 Mio € mehr aufgebracht werden. Die deutlich höheren kassenmäßigen Investitionsausgaben im Vermögenshaushalt haben auch zur Liquiditätsversorgung im hohen Maße zur Realisierung der geplanten Kreditaufnahmen geführt. Daneben erforderte der im Jahr 2002 auflaufende Haushaltsfehlbetrag und die damit verbundenen Liquiditätsengpässe die vermehrte Aufnahme von Kassenkrediten.

Die Ausgaben für die Solidarumlage (Mehrbedarf 1,1 Mio €) wurden bei der Planaufstellung unterschätzt. Ihre Festsetzung erfolgte zudem erst nach der Verabschiedung des Haushalts 2002. Ihre endgültige Höhe hängt zudem auch von den tatsächlichen Gewerbesteuereinnahmen und damit eines Teils der Gewerbesteuerumlage ("Erhöhungsbetrag") ab, der mit der Solidarumlage verrechnet wird.

Sonstige Finanzausgaben (Mio €)					
Art	1999	2000	2001	2002	2002
	Ergebnis			Plan	Ergebnis
1. Zinsen	8,9	9,5	9,9	9,8	10,7
2. Bezirksumlage	16,6	19,6	18,7	21,0	21,0
3. Solidarumlage	2,2	1,7	2,0	1,5	2,6
4. Sonstige	2,7	1,6	2,7	0,4	5,4
Gesamt	30,5	32,5	33,3	32,7	39,8

Die Ausgaben für die Bezirksumlage (21,0 Mio €) fielen entsprechend den Planansätzen an, da die Grundlagen für die Erhebung der Bezirksumlage bereits bei der Verabschiedung des Haushalts bekannt waren.

Unter „Sonstige“ fallen im wesentlichen budgetrelevante (haushaltstechnische) Verrechnungen ins Gewicht (3,2 Mio €). Ein Teilbetrag von 1,5 Mio € entfällt auf die Durchbuchung des an den Gesamthaushalt abzuführenden 50 %-Anteils aus den Budgetüberschüssen 2002. 1,2 Mio € entfallen auf die haushaltstechnische Durchbuchung der den Budgetrücklagen entnommenen Beträge zum Ausgleich von vorgetragenen Budgetfehlbeträgen aus 2001. Weitere 0,5 Mio € sind für den Ausgleich und Verrechnung von Fehlbeträgen von Unteramtsbudgets mit den dazugehörigen Amtsbudgets im Rahmen der Budgetabrechnungen 2002 gebucht worden.

3.2. Vermögenshaushalt

3.2.1. Einnahmen des Vermögenshaushalts (3)

Die Einnahmen des Vermögenshaushalts blieben mit 24,7 Mio € um 1,7 Mio. € unter den Vorgaben des Haushaltsplanes.

Fast erreicht werden konnten die Einnahmen aus Grundstücksverkaufserlösen (Mindereinnahme: 0,3 Mio €).

Einnahmen des Vermögenshaushalts (Mio €)					
Art	1999	2000	2001	2002	2002
	Ergebnis			Plan	Ergebnis
1. Rückflüsse von Darlehen, Kapitalbeteiligungen, Verkäufe von Anlagevermögen	6,1	2,6	3,3	5,8	5,9
- darunter Grundstücksverkaufserlöse ¹⁾	5,4	2,4	3,0	5,6	5,3
2. Beiträge und ähnliche Entgelte	2,5	1,7	1,6	4,3	4,0
3. Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	6,1	4,8	10,2	16,3	14,8
4. Sonstiges	-	-	-	-	-
5. Gesamt	14,7	9,1	15,1	26,4	24,7

¹⁾ UA 8800

Weniger als im Haushaltsplan (optimistisch) erwartet erbrachten die Einnahmen aus Erschließungs- und Ausbaubeiträgen (Mindereinnahme: 0,3 Mio €). Die durch die erfolgreiche Einarbeitung eines neuen Mitarbeiters erfolversprechende Abarbeitung von Abrechnungsrückständen hat durch das überraschende Ausscheiden des Mitarbeiters wieder einen Rückschlag erlitten.

Die Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen (im wesentlichen für Baumaßnahmen) sind um 1,5 Mio € niedriger als veranschlagt ausgefallen. Der Rückgang hat seine Ursachen auch in den im Rahmen der Haushaltsrestebildung erfolgten Mitteleinzügen und der damit verbundenen Rücknahme von Zu-schusserwartungen.

3.2.2. Ausgaben des Vermögenshaushalts (9)

Die Ausgaben lagen mit 47,4 Mio € per Saldo um 1,2 Mio € unter den Planansätzen.

Das Rechnungsergebnis für die Bauausgaben (Hoch- und Tiefbau) lag deutlich (um 5,2 Mio €) hinter den Planansätzen zurück. Ursächlich hierfür waren insbesondere umfangreiche Berichtigungen bei der Veranschlagung und Verrechnung von Ausgaben für die Neuausstattung (vor allem Schulen) mit Einrichtungsgegenständen. Diese Ausgaben werden in der Regel im Haushalt bzw. in der Mittelfristigen Investitionsplanung (MIP) zunächst bei den Bauausgaben mit veranschlagt. Bei der Projektdurchführung werden die in der Projektgenehmigung mit erfassten Einrichtungskosten im Wege der Berichtigung der Veranschlagung auf die entsprechenden Haushaltsstellen für das bewegliche Vermögen umgeschichtet (insgesamt waren dies rund 2,1 Mio €).

Im Zuge der Haushaltsrestebildung wurden zudem bei einer Reihe von Vorhaben in Anpassung an den Planungsstand keine oder weniger Reste gebildet bzw. es wurden Reste aus Vorjahren eingezogen. Auf die Sitzungsvorlage im Zusammenhang mit der Haushaltsrestebildung (Finanz- und Verwaltungsaus-schuss vom 26.03.2003) wird verwiesen.

Ausgaben des Vermögenshaushalts (Mio €)					
Art	1999	2000	2001	2002	2002
	Ergebnis			Plan	Ergebnis
1. Sachinvestitionen, gesamt	25,9	25,6	36,1	42,2	41,3
Bauten	18,3	16,3	26,8	35,2	30,0
Erwerb von Grundstücken	3,3	4,0	3,7	4,0	4,8
Erwerb von beweglichen Vermögen	4,2	5,2	5,5	3,0	6,5
2. Finanzinvestitionen, gesamt	5,9	7,2	4,2	6,5	6,1
Darlehen	0,1	0,6	1,4	0,1	0,1
Beteiligungen	0,1	0,1	-	-	-
Investitionszuschüsse	5,9	6,5	2,9	6,4	6,0
3. Sonstige Ausgaben	-	0,3	0,4	-	-
4. Gesamt (1.- 3.)	31,7	33,0	40,7	48,6	47,4

Für den Erwerb von Grundstücken wurden 0,8 Mio € mehr verausgabt. So mussten für den Erwerb des Objektes Gartenstr. 14 (Mütterzentrum) 0,7 Mio € (aus einer Mittelbereitstellung 2001 und einer unterlassenen Restebildung 2001/2002) wieder bereitgestellt werden.

Die Ausgaben für den Erwerb von beweglichen Vermögen sind mit 6,5 Mio € erheblich höher ausgefallen als geplant (3,0 Mio €). Der Mehrbedarf von 3,5 Mio € hängt mit den (oben erläuterten)

Berichtungen der Veranschlagung zusammen. Insbesondere für die Neuausstattung der Hans-Böckler-Schule, des Förderzentrums Süd und der Leopold-Ullstein-Schule sind erhebliche Mittel aus den Bauansätzen umgeschichtet worden (2,1 Mio €). Aus den Budgetrücklagen bzw. des der Budgets des Verwaltungshaushalts sowie aus sonstigen Mittelbereitstellungen (zum Teil ohne konkrete Deckung) mussten zudem rund 1,4 Mio € im Haushaltsvollzug für Beschaffungen zusätzlich bereitgestellt werden.

Für Investitionszuschüsse sind 0,4 Mio € weniger als geplant angefallen (insbesondere für Investitionszuschüsse an das Klinikum).

4. Entwicklung des Finanzierungssaldos

Auf die Tabelle (Seite 2) wird verwiesen.

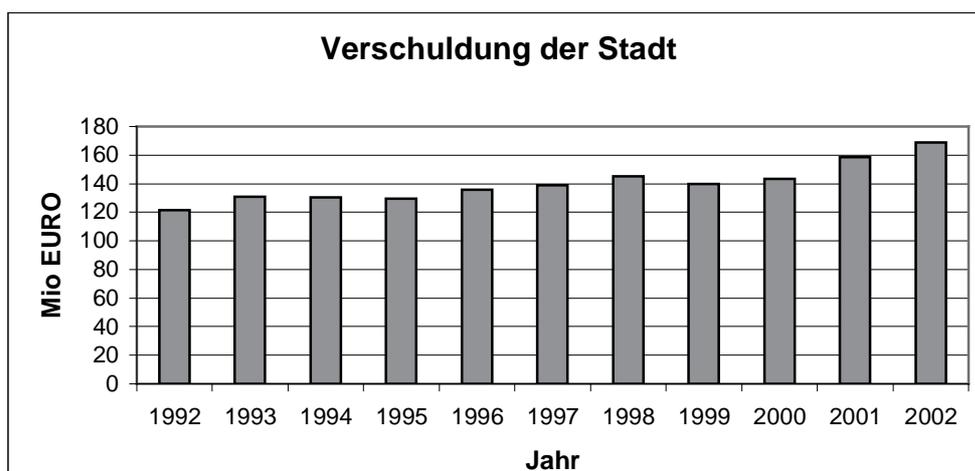
3. Finanzierungssaldo (1.2 ./ 2.2)	-4,6	-12,5	-12,4	-16,2	-25,4
3.1 Aufgliederung nach Finanzierungsarten:					
3.1.1 Schulden 1)	-7,0	-8,2	-9,8	-11,2	-11,3
3.1.2 Rücklagen 2)	2,4	-4,4	-0,9	-4,9	-3,4
darunter: a) allgemeine Rücklage	6,5	-3,8	0,2	-1,9	(-2,6)
b) Sonderrücklage	-4,1	-0,6	-1,1	-3,0	(-1,0)
3.1.3 Abdeckung Fehlbeträge	-	-	-	-	1,8
3.1.4 Nicht finanziert (Deckungslücke)	-	-	-1,8	-	-12,5
Differenzen in den Summen durch Runden; - 1) + = Nettotilgung; - = Nettokreditaufnahme; - 2) = Nettozuführung; - = Nettoentnahmen					

Der Finanzierungssaldo (also jene Größe, die ausdrückt, in welchem Maße die Stadt Änderungen bei der Verschuldung oder ihren Rücklagen bzw. Fehlbeträge hinnehmen musste) hat sich im Ergebnis 2002 gegenüber dem Haushaltsplan 2002 dramatisch verschlechtert. War im Haushalt noch ein (negativer) Finanzierungssaldo von 16,2 Mio € vorgesehen, hat sich dieser - wegen des Fehlbetrages im Haushaltsvollzug - auf 25,5 Mio € erhöht.

4.1. Nettokreditaufnahme/Verschuldung

Die Nettokreditaufnahme hat im Ergebnis 11,3 Mio € betragen. Sie lag damit leicht unter dem Planansatz, da die Tilgungsausgaben 2002 etwas höher als geplant waren.

Die kassenmäßige Verschuldung (also jene Größe, die meist in der öffentlichen Diskussion bzw. bei interkommunalen Vergleichen eine Rolle spielt) hat sich 2002 im Hinblick auf die weitgehend planmäßigen Vollzug der Kreditaufnahmen bzw. der Tilgungsausgaben entsprechend den Festsetzungen im Haushaltsplan 2002 weiter erhöht. Der statistische Schuldenbestand beträgt zum 31.12.2002 168,8 Mio



€ (Vorjahr: 158,4 Mio €).

Die vorläufige Pro-Kopf-Verschuldung zum Jahresende 2002 erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr (1 429 €) auf 1 517 €.

Die statistischen Daten über die Verschuldung der Stadt Fürth enthalten auch die Schulden für die Abwasserreinigung. In vielen anderen bayerischen Städten sind diese Einrichtungen nicht mehr Bestandteil des (kameralen) Haushalts und werden in den Schuldenstatistiken zum Teil gesondert geführt.

4.2. Rücklagenentwicklung

Die Rücklagen der Stadt haben sich gegenüber dem Vorjahr (23,9 Mio €) auf 20,5 Mio € reduziert.

Der Bestand der allgemeinen Rücklage (Vorjahr: 11,6 Mio €) hat sich zum Rechnungsabschluss 2002 auf 9,1 Mio € weiter abgebaut. Wesentliche Gründe waren

Entnahmen

- zur Abdeckung des Haushaltsfehlbetrages entsprechend den Festlegungen des Stadtratsbeschlusses vom 31.07.2002 (im Zusammenhang mit der Behandlung der Budgetergebnisse 2001) in Höhe von 1,8 Mio €
- zur Finanzierung des Vermögenshaushalts gemäß Festsetzung im Haushaltsplan 2002 (1,5 Mio €)
- für Ausgaben/Verstärkung der Budgets bzw. für Mittelbereitstellungen (aus Plafond-/Budgetrücklagen) in Höhe von rund 1,5 Mio €

Zuführungen

- in Höhe der nichtverwendeten Stellplatzbeiträge (netto 0,5 Mio €)
- 50 %-Anteil der Budgetergebnisse 2002 (1,5 Mio €).

Entwicklung der Rücklagen				
(Beträge in Mio EURO)				
Art	Stand zum Jahresende			
	1999	2000	2001	2002
A) <u>Allgemeine Rücklage</u>	13,0	11,3	11,5	8,6
darunter (Zweckbindungen):				
- Erschließungsmaßnahmen	1,5	1,5	1,5	1,5
- Stellplatz-Ablöse	1,4	2,5	2,2	2,7
- VHS-Investitionsrücklage	0,3	0,3	0,3	0,3
- Plafondüberschüsse (Altregelung)	1,2	1,6	1,6	1,8
- Budgetrücklagen (Neuregelung)	-	-	4,0	-
- Sonstige Zweckbindungen	2,1	2,1	-0,1	-
- Freier Bestand	6,5	5,4	2,0	-
- Gesetzlicher Mindestbestand	2,1	2,1	2,2	2,3
B) <u>Sonderrücklagen</u>	14,0	13,4	12,4	11,4
darunter:				
- Selbstversicherungsrücklage	4,0	4,2	4,3	4,5
- Versorgungsrücklage	0,1	0,1	0,1	0,3
- Unterhaltsrücklagen (Gebührenhaushalte)	9,9	9,1	8,0	6,6
C) <u>Gesamt</u>	27,0	24,7	23,9	20,0

Der Bestand der Sonderrücklagen (im wesentlichen Gebührenaussgleichsrücklagen) hat sich von 12,4 Mio € im Vorjahr auf 11,4 Mio € reduziert. Bemerkenswert hierbei ist, dass die Gebührenaussgleichsrücklage „Abwasserbeseitigung“ vollständig aufgebraucht werden musste.

(Einen detaillierten Überblick über die Veränderung der Rücklagen zeigt der in Kürze erscheinende Rechenschaftsbericht 2002)

5. Budgetwirtschaft – Budgetabschlüsse

Die (Amts-)Budgets des Jahres 2002 wurden entsprechend den geltenden Richtlinien sowie unter Beachtung des Stadtratsbeschlusses vom 31.07.2002 „abgerechnet“. Danach sind (in Änderung des für 2001 zunächst praktizierten Verfahrens einer 30/70-Quotierung) die Budgetüberschüsse zunächst im Verhältnis 50 : 50 abgerechnet worden.

Insgesamt wurden positive Budgetergebnisse von insgesamt 3,0 Mio € ermittelt. 50 % (1,5 Mio €) wurden hiervon der allgemeinen Rücklage zugeführt. Über die endgültige Freigabe dieser Budgetüberschüsse soll im Zusammenhang mit der Vorlage des Eckwertebeschlusses zur Haushaltsplan-aufstellung 2004 (voraussichtlich in der Stadtratssitzung am 25.06.2003) entschieden werden.

Die bei der Abrechnung der Budgets festgestellten Fehlbeträge (2,5 Mio €) wurden zulasten der Budgets 2003 noch in den Haushalt 2002 eingebucht. Die betroffenen Budgetbereiche werden angehalten, im Zusammenhang mit den zu erstellenden Budgetberichten im Einzelfall auf die Gründe für die Budgetabweichungen einzugehen und die Maßnahmen zum Ausgleich darzulegen.

Zu den Einzelabschlüssen der Budgets darf auf die diesem Bericht beigefügte Übersicht („Budgetabrechnungen 2002“) verwiesen werden (Anlage 2).

6. Fazit/Ausblick

6.1. Das Ergebnis 2002 zeigt, wie dramatisch sich die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt Fürth verschlechtert haben. Die Entwicklungen des Jahres 2002 zeigen zudem auf, dass die Stadt mangels Reserven keine Chance hat bzw. hatte, Einbrüche bei den laufenden Einnahmen bzw. überdurchschnittliche Ausgabensteigerungen aufzufangen.

Die Entwicklung soll an wenigen (zentralen) Eckdaten der Jahre 1999 – 2002 deutlich werden:

Einnahme-/Ausgabeart	mehr (+)/weniger (-) 2002/1999 (in Mio €)	
Steuern und allgemeine Zuweisungen	+ 1,2	
Personalausgaben		+ 7,8
Sachausgaben 1)		+ 3,1
örtl. Sozialhilfe/Jugendhilfe		+ 1,6
Zinsausgaben		+ 1,8
Bezirksumlage		+ 4,4
Summe:	+ 1,2	+ 18,7

1) Nach Abzug der 2001 neu eingeführten internen Leistungsverrechnungen.

Die festzustellende strukturelle Lücke des Haushalts beträgt danach in diesen Jahren 17,5 Mio €.

Allein die Tatsache, dass die Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen im Jahr 2002 nur um 1,2 Mio € über dem Niveau 1999 lagen, zeigt das ganze Dilemma der Stadtfinanzen auf.

6.2. Die nachhaltige Konjunkturschwäche sowie gesetzgeberische Entscheidungen und die Gestaltungsmöglichkeiten, die das Steuersystem bietet, entziehen den Kommunen (im allgemeinen) und der Stadt Fürth (im besonderen) immer mehr ihr wirtschaftliches Fundament. Hinzukommt, dass sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben durch den Ausgabendruck auf die Gemeinden durch wieder steigende Sozialhilfeausgaben, höhere Forderungen anderer öffentlicher Ebenen (z.B. Bezirk Mittelfranken) sowie die Übertragung oder Initiierung neuer Lasten (z.B. Ganztagsbetreuung) immer weiter öffnet.

Die Hoffnungen der Städte liegen in der für 2004 angekündigten Gemeindefinanzreform, die im Kern eine deutliche Stärkung und Verstetigung der Gewerbesteuer bringen muss und in den von der Bundesregierung angekündigten Entlastungen von den Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit.

Es ist allerdings zu befürchten, dass im Falle einer Einigung auf eine Gemeindefinanzreform positive haushaltswirksame Wirkungen erst zeitversetzt eintreten werden. Hoffnungen auf eine schlagartige Verbesserung der Finanzsituation sollten deshalb nicht gehegt werden.

Für die Stadt Fürth bedeutet der Fehlbetrag aus dem Rechnungsabschluss 2002, dass dieser nach den kommunalwirtschaftlichen Vorschriften spätestens 2004 abgedeckt werden muss. Dies bedeutet, dass die Haushaltsplanaufstellung 2004 vor der gewaltigen Herausforderung steht, diesen Betrag zusätzlich zu schultern. Aus heutiger Sicht kann dies nur über die Gestaltung des Vermögenshaushalts und damit über Höhe und Umfang der Investitionen gesteuert werden. Daneben müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, über einen restriktiven Haushaltsvollzug bereits 2003 sich die Gestaltungsmöglichkeiten für die Haushaltsplanaufstellung zu sichern. Sollten Verbesserungen im Haushaltsvollzug 2003 eintreten, müssen diese zur Teilabdeckung des Fehlbetrages 2002 verwendet werden.

Spielräume für zusätzliche Ausgaben- und Aufgabenwünsche sind nicht mehr vorhanden.

Fürth, 19.05.2003
Ref. II

Anlage 1

Entwicklung der bereinigten Personalkosten (-Absetzung von Personalkostenersätzen und "Sozialaufwendungen"-)						
Haushalts- jahr	Rechnungs- ergebnisse in Mo. €	PersKosten- ersätze in Mo. €	Sozialauf- wendungen in Mo. €	Bereinigte Per- sonalkosten in Mo. €	Mehrung in Mo. €	Mehrung in %
1	2	3	4	5	6	7
1992	68,4	1,4	19,2	47,8	3,9	8,8
1993	70,7	1,6	19,9	49,2	1,4	2,9
1994	70,6	0,8	20,0	49,8	0,6	1,2
1995	71,7	1,3	20,6	49,9	0,1	0,2
1996	72,9	0,9	21,8	50,1	0,3	0,5
1997	74,0	1,2	22,2	50,6	0,5	1,0
1998	74,6	1,1	22,4	51,0	0,4	0,8
1999	76,1	1,3	22,6	52,2	1,2	2,3
2000	78,4	1,1	23,2	54,0	1,8	3,4
2001	80,8	1,3	24,0	55,4	1,5	2,8
2002	83,9	1,0	25,1	57,8	2,3	4,2

Erläuterungen:
 zu Spalte 3: die Ersätze setzen sich aus Nebentätigkeitsbefreiungen, Personalkostenersätze vom Land, Entschädigung für NLV, Zuschüsse für ABMKräfte und allg. Personalkostenersätze zusammen
 zu Spalte 4: in den Sozialaufwendungen ist die ZMK-Umlage, die Sozialversicherungsbeiträge, Versorgungsaufwendungen, Beihilfeleistungen und Personalnebenausgaben (z.B. ZMK-Pauschalsteuer, Jbb-Ticket etc.) enthalten
 zu Spalte 5: Ergebnis Spalte 2 abzüglich Spalte 3 und 4